



# Stettiner

# Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 15. November 1881.

Nr. 532.

## Deutschland.

Berlin, 14. November. Nun, nachdem Gambetta abermals an die Spitze der Geschäfte Frankreichs getreten ist, wird die Frage, ob er den Fürsten Bismarck gesprochen hat, geradezu aktuell, und der Bericht des "Herrn Massabie" über seine Reise nach Deutschland gewinnt ein erhöhtes Interesse. Vor einigen Tagen, bevor er noch die Bildung des neuen Kabinetts übernommen, hatte der Pariser Korrespondent des "Neuen Wiener Tagblatt" über diese Dinge eine lange Unterredung mit Herrn Gambetta, deren Inhalt im Folgenden resumirt werden mag:

"Über meine Reise in Deutschland hat sich ein förmlicher Mythenkreis gebildet. Wenn Sie wollen, so kann ich Ihnen mein ganzes Itinerarium angeben. Ich habe bei einer ganzen Monat in Deutschland zugebracht, blos von François begleitet. Wir sind ganz gut mit der französischen Sprache durchkommen. François spricht kein Wort deutsch und selbst ich radebreche zur Not die gewöhnlichsten Worte und Phrasen. Ich habe auf dieser Reise viel gelernt und hab mir viele interessante Notizen gemacht. Die Eisenbahnenrichungen im Norden Deutschlands, den ich diesmal studiren wollte, habe ich vorzüglich gefunden. Es herrscht im dortigen Eisenbahndienste eine musterhafte Ordnung und eine vortreffliche Disziplin. Die Befehle der Vorgesetzten werden exakt durchgeführt, und der Dienst wird ruhig, pünktlich und sicher gehandhabt. In dieser Beziehung hat man in Frankreich noch gar Manches nachzuholen."

Ich habe die Häfen sowohl an der Nordsee, als auch an der Ostsee besucht. Hamburg macht einen imposanten Eindruck und ebenso Stettin. Aber auch Lübeck, Bremen, Memel sind wichtige Verkehrspunkte . . . Nur Danzig scheint zurückgeblieben. Überall fand ich große Verbesserungen, bedeutende und wesentliche Verbesserungen und eine tüchtige Regsamkeit nach vorwärts. Im Ganzen und Großen sind meine Eindrücke, was die militärische Seite anbelangt, folgende:

Sowohl die Küsten des baltischen Meeres, als auch jene der Nordsee sind stark und können gut vertheidigt werden. Im Osten aber scheint mehr geschehen zu sein, als im Westen.

Die Stärke der Vertheidigung gegen Russland ist bei Weitem größer, als jene gegen den Westen.

Ich habe, fuhr er fort, überall Entgegenkommens gefunden. Niemals eine Spur von Geheimniskrämerei. So konnte ich beispielsweise in Friedrichsort, wo die Torpedoboote gebaut werden, ungehindert in einem Arbeitshof gelangen und ich habe dort bereitwillig mancherlei Auskünfte erhalten.

Von Stettin aus, welcher Platz einer der bedeutendsten und imponirendsten Handelsplätze ist, drängte es mich nach Königsberg zu gehen, der Vaterstadt Kant, des großen Philosophen, und Jacobi's, des edlen Verfechters des Freiheitsgedankens in Deutschland. Von dort ging ich nach Marienburg, dem alten Sitz des deutschen Ordens, auf dessen Trümmern Preußen sich aufzubauen sollte. Eine hochinteressante und erinnerungsreiche Stadt. Ich war dann in Berlin, in Dresden und in Frankfurt am Main, überall neue Eindrücke erhalten, überall interessante und wichtige Beobachtungen machend. Ich habe als Monsieur Massabie verschiedene Menschen gesprochen, ohne irgendwo erkannt zu werden. Auf meiner ganzen Reise habe ich keine Art von Zudringlichkeit zu erfahren gehabt.

Ich kam über Bantoo nach Deutschland und besuchte zuerst Düsseldorf, Köln und Münster. Von Westphalen kam ich nach Mecklenburg, ein Land, das seiner Pferdezucht wegen Aufmerksamkeit verdient."

Und nun folgte eine lange Reihe von Details über Städte, Gegenden, einzelne Einrichtungen und Verbesserungen. Die Auslaufbrunnen, die jetzt in sämtlichen Eisenbahnstationen in den Bahnhöfen in Norddeutschland angebracht sind, damit die Reisenden frisches Wasser zur Hand haben, gefielen ihm sehr gut. Er verbreitete sich über die Fortschritte der Industrie Deutschlands und über die Entwicklung seines Handelsverkehrs, über Schulen, Universitäten, über die Herbstman-

ver und hundert andere Dinge mehr. Er hat offenbar starke und dauernde Eindrücke empfangen und da er ein Mann der Reform ist, so werden diese Eindrücke sich in verschiedenen Neuerungen geltend machen, die er als Chef der Regierung ohne allen Zweifel durchführen wird. Und nun die Frage, ob er Bismarck gesehen habe oder nicht. Darüber sagte Gambetta:

"Ich hätte niemals den Fehler begangen mit dem Fürsten Bismarck zusammenzutreffen, wenn dies nicht frei und offen, vor aller Welt hätte geschehen können. An der Art und Weise, wie meine Gegner die Gerüchte, ich hätte eine geheime Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck gehabt, gegen mich ausbeuteten, könnte ich erst recht ermessen, wie groß der Fehler gewesen wäre, wenn ich in solcher Weise mit dem deutschen Kanzler zusammengetroffen wäre. Wenn die Umstände einmal eine Begegnung zwischen dem Fürsten Bismarck und mir erlauben sollten, so werde ich darauf halten, daß dieselbe offen vor aller Welt stattfindet. Diesmal habe ich keine Begegnung gesucht und es hat auch keine Begegnung stattgefunden. Das ist die wirkliche Sachlage, und was ich in Deutschland wirklich gesucht habe, das habe ich Ihnen gesagt."

Das ist der Bericht des Herrn Massabie über seine lezte Reise nach Deutschland. Und zum Schlusse ein Wort, das Gambetta bei dieser Unterredung gesprochen hat. Er sagte:

"Wenn ich die Regierung übernehme, so wird Frankreich, wie die Welt erst recht einsehen und sich überzeugen, daß Niemand mehr als ich den Frieden will. Und auch Fürst Bismarck weiß das ganz gut."

Die Stichwahlen behalten ihr Gepräge bis zum Schluss. Heute finden die letzten Stichwahlen statt; morgen, spätestens übermorgen wird somit das Schlußergebnis der Reichstagswahlen vorliegen. Bis jetzt ist uns das Resultat von 370 Wahlen (unter 397) bekannt; danach sind gewählt: 50 Konservativen, 23 Freikonservativen, 97 Kleikale, 10 welfische Hospitanten des Zentrums, 42 Nationalliberalen, 44 Sezessionisten, 48 Mitglieder der Fortschrittspartei, 7 der Volkspartei, 6 andere Liberalen, 16 Polen, 15 Protestler, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten. Somit könnte eine "konservativ-klerikale Politik" vorläufig, selbst einschließlich aller Freikonservativen, nur auf 170 Stimmen rechnen, während ihr bis jetzt 147 Liberalen und schätzungsweise 100 Sezessionisten. Eine halbwegs zuverlässige Mehrheit müßte mindestens 200 Stimmen zählen, auf welche die Konservativen keinen Weg bringen können.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 26 des Reichsgesetzblattes verkündete kaiserliche Verordnung vom 4. d. M., durch welche der Reichstag berufen ist, am 17. November d. J. in Berlin zusammenzutreten, macht der Reichskanzler, in Vertretung von Bötticher, bekannt, daß die Eröffnung des Reichstages an diesem Tage um 1½ Uhr Nachmittags im Weißen Saale des königlichen Schlosses stattfinden wird. Zuvor wird ein Gottesdienst und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Schlosskapelle um 12½ Uhr, für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 1 Uhr abgehalten werden.

Der Kaiser beabsichtigt nicht nur den Reichstag in Person zu eröffnen, sondern auch den Gottesdienst in der Schlosskapelle, welcher der Reichstagseröffnung vorangeht, beiwohnen.

Bon verschiedenen Seiten ist die Person des Kronprinzen mit den politischen Vorgängen der letzten Tage, namentlich mit der Eröffnung des Reichstages in Verbindung gebracht worden; auch der Besuch, den der Kronprinz bei dem Kaiser abhielt, mußte zu derartigen Kombinationen verhältnisse. Wir sagen aber nur etwas Allgemeines, wenn wir daraus hinweisen, daß der Kronprinz den politischen Angelegenheiten absolut fern steht, von dem Inhalt einer Thronrede vorher keine Mitteilung erhält und nur die Staatsgeschäfte vornimmt, zu denen er von dem Kaiser speziellen Auftrag erhält.

Dass Fürst Bismarck am Sonntag dem Kaiser seine Aufwartung machen würde, ließ sich erwarten. Das Palais des Kaisers war deshalb schon von 1 Uhr Mittags ab von einer dichten Menge umlagert. Aber erst gegen 4 Uhr

Menschenmenge umlagert. Aber erst gegen 4 Uhr fuhr die mit den beiden bekannten Füchsen bespannte Equipage des Reichskanzlers die Rampe hinauf. Fürst Bismarck trug die historische Intrimi-Uniform der Halberstädter Kürassiere. Die gelbgeränderte, weiße Mütze vertauschte er erst im Vestibül des Palais mit dem Stahlhelm. Der Anschlag der großen Glöcke verkündete nach den inneren Gemächern seine Ankunft, worauf der diensthüende Adjutant dem Kanzler entgegenstieß, um denselben bis zum Eingange zu den Zimmern des Kaisers zu geleiten. Dann trat der Kanzler ein und befand sich allein mit seinem Kaiser. Die Konferenz währt nahezu fünfvolle Stunden. Was in derselben gesprochen wurde, weiß natürlich Niemand außer dem Kaiser und seinem Kanzler. Das Publikum aber suchte wenigstens die beiden Konferenzenden zu sehen, um aus ihrem Gesten irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Doch vergeblich. Die Unterredung fand nicht an dem historischen Esstisch statt, und alle aufgewandte Mühe der Späher erwies sich als unnütz.

Fürst v. Stauffenberg hat sich dieser Tage in Erlangen in einem größeren Kreise von Gesinnungsgenossen wie folgt geäußert:

Noch nie haben sich die ultramontanen Prälaten in solcher Niedigkeit gezeigt, wie gerade dieser Tag im bairischen Abgeordnetenhaus; noch nie sei mit größerer Ungenüge die Unterwerfung des Staates unter die Herrschaft der Kirche geprägt worden. Der systematische Kampf, den ein extrem ultramontaner Führer begonnen habe, sei nicht etwa eine zufällige Erscheinung, sondern hänge auf das Engste zusammen mit den Vorgängen in Preußen. Mit der Nachgiebigkeit dort wuchs die Begehrlichkeit im Süden, ein Kultusministerium v. Görlitz sollte den Sturz des Ministeriums v. Luk inauguriren. Mehr als je sei gegenüber solchem Schwelgen des Kamms von Seiten der Feinde des Reiches wie jeder freiheitlichen Entwicklung Einigung am Platze, Einheit Gebot. Was die Gestaltung der Verhältnisse im Reichstage betrifft, so glaubt Herr v. Stauffenberg, daß zunächst ein Zerfall der damaligen Fraktionsgestaltung nicht in Aussicht sei. Wohl aber würden sich alle liberalen Fraktionen, ohne ihre speziellen Fraktionsverbände zu opfern, zu einer großen liberalen Linken zusammenschließen. Es sei zu hoffen, daß aus dem durch die Verhältnisse vorgeschriebenen gemeinsamen Handeln eine Gemeinsamkeit der Ansichten sich entwickeln werde, welche die Voransetzung einer gedieghen Wahrung der freiheitlichen Interessen sei. Wenn die liberalen Parteien sich die Fähigkeit, in der Entscheidung über die Geschichte des deutschen Volkes ein entscheidendes Wort mitzusprechen, sichern wollten, sei eine Einigung unabdinglich.

Wie das "Deutsche Tagebl." berichtet, wird dem Abgeordnetenhaus der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Übernahme von Landgütern in der Provinz Westfalen bei Schlichtungen, Auseinandersetzungen und Erbtheilungen vorgelegt werden. Die Anregung zu diesem Gesetz hat bekanntlich ein Antrag des Abgeordneten von Schorlemers gegeben. Dieser Antrag auf Übertragung der Landgüter in der Provinz Westfalen und in den rheinischen Kreisen Nees, Esen, Duisburg und Wülfrath a. R. wurde durch Beschluss des Abgeordnetenhauses im Jahre 1879 der Staatsregierung mit dem Erfassen überwiesen, nach Kommunikation mit dem Provinziallandtag ein Gesetz auszuarbeiten, welches die Vererbung der Landgüter in den vorgedachten Bezirken regelt. Es handelt sich bekanntlich um eine Beschränkung des jetzigen Erbrechts.

Die Augsburger "Allgemeine Zeitung" veröffentlicht folgendes höchst beachtenswertes Telegramm aus Nürnberg:

Ein Verwandter des Fürsten Bismarck, der kürzlich in Nürnberg war, äußerte sich zu einem Freunde hiebetaß alles falschen Gerüchte, die man in der Semitenfrage dem Kanzler untergeschoben, Fürst Bismarck, bei dem er jüngst in Barzin war, habe ihm erklärt: "Diese Frage ist schon oft an mich herangetreten, ich hätte mich aber wohl, etwas zu äußern, weil es ja doch wieder entsteht wird. Ich habe ähnliche Erfahrungen in der Sozialfrage bitter durchgemacht, in der ich mit die Finger verbrannte, denn als ich Manches von ihnen gut fand, da hatte man Jahre lang auf mir

brachte, hielten diese Leute wieder auf mich, bis heute. Ich überlasse die ganze Frage den Gesehen, dafür sind diese da." —erner äußerte Bismarck: "Unser ganzes deutsche Wahlsystem ist falsch. In einem wohlgeordneten Staate sollte jede Stimme Geltung haben. Ich meine, wenn verschiedene Parteien durch ganz Deutschland am gleichen Tage stimmen, sollte jede für ihre Partei die Stimmen sammeln und diese dann für je 25,000 Stimmen einen Vertreter ihrer Partei wählen können, denn der Unstimm liegt klar zu Tage, daß wo Parteien fast pari stehen, die anderen Hälfte gar nicht zur Geltung kommt. Auch fiele dadurch die Kirchthumsinteressen und die widerlich störenden persönlichen Streitigkeiten ebenso wie die Stichwahlen fort . . . Wie sollte aber erst nun der Landmann die Schattirungen verzweiter Parteiverhältnisse, wie liberal, nationalliberal und die Sezession begreifen; wozu diese viele fremden Bezeichnungen für eine deutsche Sache? Ich meine schließlich, daß, wenn man einen allgemeinen Landverein oder meinetwegen nur Bauernbund gründete, so wäre dies verständig und jedenfalls faßlicher, die Städte sind ohnehin stark genug im Parlament vertreten."

Die "St. James' Gazette" schreibt über den englisch-französischen Handelsvertrag:

Es existiert ein amüsanter Bericht darüber, daß den englischen Unterhändlern eine große Schwierigkeit aus der Sprache erwachsen ist, welche die ihnen zur Seite stehenden englischen Sachverständigen geführt haben. Diese Herren sind gewöhnt, eine jede Abweichung von der strengsten Doktrin des Freihandels als einen Beweis von Thorheit, Dummkopf oder Schuler zu betrachten und sollen eine auf diesen Vorstellungen beruhende, sehr unerblümliche Kritik gegenüber den französischen Unterhändlern geübt haben. Es würde eine schwierige Aufgabe sein, die Empfindungen eines Schülers von Thiers zu schildern, dem der Vorwurf kraffter Stupidität darüber gemacht wird, daß er an den Ansichten dieses Staatsmannes festhält. Es ist indessen gewiß, daß große Anstrengungen gemacht worden sind, um von der abtretenden französischen Regierung einen Handelsvertrag zu verlangen und diese Thatsache stopft den begeisterten Bewunderer der Gladstone'schen Regierung den Mund, welche versichern, daß die skotische Politik derselben auf absoluter staatswirtschaftlicher Orthodoxie beruhe. Denn wenn die einer großen und weisen Nation allein würdige Politik darin besteht, die Einfuhrzölle herabzusehen und niedrig zu halten, wozu dann dieses nervös-ängstliche Bestreben, den englischen Fabrikaten einen Markt in Frankreich zu erhalten? Es gehört zu den Grundprinzipien des wirtschaftlichen Gedankens, daß die Schutzzollpolitik anderer Länder für uns keine Wichtigkeit hat; es ist sogar feierlich verkündet worden, daß eine solche Politik ein reiner Vortheil für uns sei, weil sie den industriellen Fortschritt und folglich die Nebenindustrie der anderen Länder vermindere. Und jetzt sehen wir, daß die ganze Staatsmannschaft und Diplomatie, welche dem gegenwärtigen Ministerium zur Verfügung steht, aufs Neuerste angestrengt wird, um das Schutzzoll-System der Franzosen in gewissen Punkten zu Gunsten der englischen Fabrikanten zu mildern. Es ist nicht möglich, die vitale Wichtigkeit, welche offene ausländische Märkte für englische Industrie haben, direkt und nachdrücklich anzuerkennen.

Die gefährlichsten Feinde des free-trade sind keineswegs die fair traders; dieselbe ist gefährdet durch die Parisis, nicht durch die Theorie seiner geschworenen Bewunderer. Sie bleiben so handhaft wie immer bei der absoluten Theorie des Freihandels; dieselbe zu kritisieren, ist ihnen ein Vergehen, das durch jede Art von Beschimpfung bestraft werden muss, ein Vergreissen an der Bundeslade. Aber dieselben Männer, welche sich zu diesem Puritanismus bekennen, lassen sich durch die Parteiverhältnisse bestimmen, Maßregeln, welche auf einer Verlängerung ihrer Prinzipien beruhen, lehnen zu billigen und zuweilen sogar in den Himmel zu erheben. Gladstone hat einmal eine Regierung, die ihm zufällig nicht gefiel, als die Verlängerung Gottes bezeichnet; weniger profan und mit mehr Bedeutung können wir Gladstones Gesetzgebung als die Verleugnung des Freihandels bezeichnen, denn Freihandel ist die größte Ausdehnung, welche das Menschengeschlecht bisher zwei Grundprinzipien zu geben versucht hat, nämlich der Unantastbarkeit des

Privateigentums und der Freiheit der Verträge. Was diesen Grundsätzen zuwiderläuft, wird als Protektion bezeichnet; wir wünschen aber wohl zu hören, wo in der ganzen Geschichte des menschlichen Jheriums eine schlimmere Sorte von Protektion vorkommt, als die, welche Gladstones Land-Gerichtshöfe in Irland zur Ausführung bringen."

In weiteren Verlauf des Artikels wird aus der neuerdings erschienenen Lebensbeschreibung Cobdens von Morey das bemerkenswerthe Faktum zitiert, daß, als die Arbeiter Cobden hörten, eine Gesetzesgebung über Beschränkung der Arbeitsstunden zu unterstützen, er ihnen die Antwort gab: Wenn sie mit ihrem Loos nicht zufrieden wären, so möchten sie nach Amerika auswandern.

In wenigen Tagen wird der neue Reichstag bereits eröffnet, noch ehe das Ergebnis der letzten, auf den 14. d. anberaumten, Stichwahlen offiziell festgestellt sein kann. Die erste Aufgabe ist dann die Prüfung der Wahlen, wenigstens bis zur Mitgliederzahl von 199, welche zur Beschlaffung nötig sind. Die Prüfung der Wahlen ist befannlich zunächst Sache der sieben Abteilungen, insoweit nicht Wahlproteste von Bedeutung vorliegen.

Man hofft unter diesen Umständen schon Ende nächster Woche zu der Wahl des Präsidiums zu gelangen. Von liberaler Seite wird man auch dieses Mal an der bisherigen Praxis festhalten, Kompromisse über die Bezeichnung des Präsidiums ablehnen, vorausichtlich aber sich über einige Kandidaten einigen, und dann das Resultat der Abstimmung abwarten. Das Zentrum scheint sich auch wieder, obgleich es die stärkste Fraktion ist, mit dem ersten Vizepräsidentenposten begnügen zu wollen, und die Stelle des ersten Präsidenten den Konservativen zu überlassen. Unter diesen Umständen wird es sich nun darum handeln, ob von liberaler Seite ein Kandidat für die zweite Vizepräsidentenstelle gestellt wird. Der heftige Kampf wird um die erste Vizepräsidentenstelle geführt werden, wenn die Deutschkonservativen einen der ihres für den Posten des ersten Präsidenten präsentieren und die deutsche Reichspartei, ohne welche Zentrum und Deutschkonservative nicht über die Majorität verfügen, Herrn v. Brandenstein nicht akzeptieren sollte.

In Frankreich ist die Bildung des "grand ministère" noch immer nicht gelungen; zum mindesten enthält das "Journal officiel" auch heute noch nicht die angekündigte amtliche Ministerliste. Dagegen wird nunmehr gemeldet, daß der Eintritt Greycinet's, Jules Ferry's und Leon Say's in das neue Kabinett wieder zweifelhaft geworden sei. Das "Paris-Journal" will sogar bereits wissen, daß Greycinet, Say und Ferry dem neuen Ministerium nicht angehören werden, und giebt in einem bezüglichen Artikel zu verstehen, daß sie sich mit Gambetta nicht hätten verständigen können, weil sie allzu große Anhänger des status quo seien. Tritt jedoch die vom "Paris-Journal" angekündigte Eventualität in der That ein, so wird das Ministerium Gambetta die Geschäfte unter sehr wenig günstigen Auspizien übernehmen. Zunächst kann Gambetta, wenn Leon Say sich ihm nicht anschließt, leineswegs auf die Unterschrift der gesuchten Republikaner im Senat rechnen. Durch die gerade bezüglich des Senats angekündigten Reformprojekte sind die Empfindlichkeiten dieser parlamentarischen Röpverschaft ohnehin bis zum Übermaß gereizt. Es kann daher leicht geschehen, daß die starke Opposition im Senate, welche sich den Mailkontinenten unter der Führung Jules Simons anschließt, durch weitere Elemente verstärkt wird. Gambetta rechnet nun allerdings auf die im Jahre 1882 bevorstehenden Erneuerungswahlen. Bis dahin können sich aber Zwischenfälle aller Art ereignen, zumal wenn der Konsilpräsident verabsäumt, sich die Majorität der Deputiertenkammer gefügt zu erhalten. Diese Majorität wird allem Anschein nach sich weniger begeistert zeigen, sobald erst die "Verteilung der Beute" stattgefunden hat. Ohne Greycinet und Jules Ferry und vielleicht im Gegensatz zu denselben ist der Bestand des "grand ministère" ein sehr problematisches. Falls Gambetta nur seine Intimen aus der Redaktion des "Rep. Fr.", wie Allain-Targe, Spuler und andere, in das Kabinett beziehentlich als Untersekretäre berufen will, so wird er zwar eine Zeit lang seine diktatorischen Neigungen ohne Widerspruch zur Geltung bringen können. Der erste parlamentarische Ansturm würde aber dieses aus einer einzigen Roterie gebildete Ministerium über den Haufen werfen.

Wie man aus Paris meldet, hätten die drei Botschafter zu Berlin, Petersburg und Wien, Graf St. Gallier, General Chanzy, Graf du Châtel, sich verständigt, ihre Haltung gegenüber dem Kabinett Gambetta gemeinsam zu regulieren und eventuell gemeinsam zurückzutreten. Vorausichtlich wird dieser Rücktritt erfolgen, wenn die Herren Say, Ferry und Greycinet dem Kabinett fernbleiben und dasselbe eine durchaus radikale Färbung annehmen sollte.

Mainz, 14. November. Liebnecht, welcher bekanntlich zugleich in Mainz und in Offenbach gewählt ist, hat sich für die Annahme des Mainzer Mandats entschieden. Für die nun erforderliche Neuwahl in Offenbach wird von sozialdemokratischer Seite Bebel aufgestellt. Hier ist den Soldaten der Besuch dreier als Rendevouspläne der Sozialdemokraten bekannter Wirtschaften verboten.

### Ausland

Paris, 12. November. Heute erschien bei dem Verleger Blon eine Flugschrift: "Die Lage des Papstes und ein letztes Wort über die römische Frage", welche, wie es heißt, von der päpstlichen Kurie veranlaßt wurde. Diese Flugschrift

schließt mit der Forderung: "Nun muß dem Papste zurückgegeben werden, welcher die Sympathie der ganzen Welt hat."

Der Erzbischof von Besançon, Mgr. Paulinter, ist diesen Morgen gestorben.

Die Nachrichten aus dem französischen Nordafrika sind ohne Erheblichkeit. Einige unbedeutende Gefechte stehen in Tunis vor; einzelne Stämme fahren fort, sich zu unterwerfen, und man erwartet die baldige Unterwerfung des ganzen Landes.

In nächster Zeit wird die Ausweisung der Kartäusermönche von Grenoble erfolgen. Der Prior erhält bereits die Weisung, daß die Decrete vom 29. März auf sie angewandt werden würden. Der Ausweisungsbefehl liegt Grey bereits zur Unterzeichnung vor. (R. B.)

### Provinzielles

Stettin, 15. November. Nachdem jetzt das Gesamtresultat der Stichwahl im Kreis Uecker-münde-Ue. - Ue. - Wollin" bekannt geworden, zeigt es sich, daß dasselbe für Herrn Dr. Dohrn noch weit günstiger als die früheren Nachrichten vermuteten ließen. Derselbe erhielt 7610 Stimmen, während Herr Buggenhagen 5191 Stimmen erhielt. Herr Dr. Dohrn ist somit mit einer Majorität von 2419 Stimmen gewählt.

Das "Uedermünder Kreisblatt" bringt folgende Erklärung: "In Bezug auf den in diesem Blatte heute veröffentlichten Wahlausdruck der vereinigten konservativen Partien habe ich folgende Erklärung abzugeben: Vor einigen Tagen erhielt ich aus Swinemünde ein Telegramm mit der Anfrage, ob man meinen Namen unter den konservativen Wahlausdruck setzen könnte. Da ich annahm, daß ein ähnlicher von Mehreren zu unterzeichneter Wahlausdruck vorbereitet würde, wie er vor der ersten Wahl erschien ist, so habe ich mit „ja“ geantwortet. Nach Veröffentlichung des mir vorher unbekannten Wahlausdrucks erkläre ich, daß ich mich nur den sachlichen Ausführungen desselben, mit Ausglühs des nicht zutreffenden Bassus über die Schanksteuer, anschließe, die Invaliden gegen die Person des Herrn Dr. Dohrn dagegen mitschlägt und den Auftrag daher nicht unterschrieben hätte, wenn der Wortlaut desselben mir bekannt gewesen wäre. Albrechtsdorf, 10. Nov. 1881.

v on Endevort.

Am 17. Mai nächsten Jahres wird ein ebenso seltenes als interessantes Naturschauspiel, eine totale Sonnenfinsternis, stattfinden. Dieselbe wird folgenden Verlauf nehmen: Anfang der Finsternis auf der Erde überhaupt um 5 Uhr 50 Minuten Morgens, Ende um 8 Uhr 38 Minuten Morgens. Größe der Sonnenfinsternis 0·4. Sichtbar wird die Sonnenfinsternis in Europa, Asien und einem Theile Afrikas sein.

Hier selbst wird am 28. d. Ms. mit einer Seeadampfsschiffsmaschinenprüfung begonnen werden.

In der Woche vom 7. bis 14. d. Ms. sind bei der königl. Polizei-Direktion angemeldet: Als gefunden: 1 Erfaß-Reserveschein für Schreiner Emil Albert Scholz, 1 Heimathchein und 1 Vermögens-Auszug für Pauline Leichhardt — 1 Spannlette — 1 schwarze Knabenmütze — 1 Paar weiße Glashandschuhe — 1 braunlederner Portemonnaie mit 94 Pf. — 1 grau und weißblauer Hühnerhahn — 1 blauwollenes Hemd, 1 Paar weiße Unterhosen in ein gelbbuntes Tuch eingebunden — 1 homöopathische Hausapotheke im rothen Leder-Umschlag — 4 kleine Schlüssel am Knie — 1 Badet Spiken — 1 runde Blechmarke Nr. 15 — 1 Hundemauskorb geringer Größe — 2 kleine Schlüssel am Bande — 1 Handwagen ohne Bezeichnung des Eigentümers — 1 Brille mit Stahlgestell im schwarzen Futteral — 1 Panzer-Uhrkette von Tsalai. Als Verlorne: 1 Gesetz-Sammlung pro 1878 — 1 schwarzes Portemonnaie mit 10 bis 11 Mk. — 1 goldene Damenuhr mit Brillanten und schwarz emailliert — 1 goldene Damenuhr ohne Kette, an welcher sich oben ein goldener Schleifring befand und in demselben ein goldenes Kreuz und ein goldener Siegelring mit rotem Stein mit den Buchstaben M. R. — auf dem Wege von Stettin bis Mandelow 1 Pferdegeschirr mit Strangketten; 3 Mark Belohnung für den Finder — 1 Reitkissen in blau und rothgestreiften Farbe — 1 schwarzes Medaillon mit Goldketten und weißer Perle, mit 1 Photographic und Haarlocke — 1 ledernes Portemonnaie mit 6—7 Mark und 1 Siegelkette — auf dem Wege von der Mönchenstraße bis zum Berlin-Stettiner Bahnhofe eine kleine schwarze Ledertasche mit 700 Mk. in 100-Mark Scheinen und einem Schulchein über 360 Mk.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: "Der Barbier von Sevilla." Oper 3 Akten.

### Bermischtes.

(Ein Kau und seine Folgen.) Auf dem Perron der Nordbahn in Wien spielte sich jüngst folgende Szene ab: Der von Oberberg ankommende Kourierzug fuhr in die Halle ein und war noch nicht ganz zum Stillstand gebracht worden, als von dem Laufbrette eines Wagons einer Klasse ein junger Mann herab sprang, auf eine junge Dame, die in Gesellschaft eines älteren Herrn auf die Ankunft des Zuges gewartet hatte, zueilte und sie küßte. In demselben Momente aber applaudierte ihm der Begleiter der jungen Dame eine schallende Ohrfeige und ebenso gleichzeitig erschien ein Sicherheitswachmann, der den jungen Mann einlud, ihm auf das Inspektionszimmer zu folgen.

Dort legitimierte sich der Reisende als der Kaufmannssohn Karl H. Er wurde von dem Kommissär wegen frühzeitigen Abspringens vom Laufbrette zu einer Geldstrafe von fünf Gulden verurteilt, die er sofort erlegte. Ein Nachspiel zu diesem Vorfall bot eine vor dem Leopoldshäder Bezirksgerichte durchgeführte Verhandlung. Herr Karl H., welcher zu derselben als Angeklagter, zugleich aber als Kläger erschien war, erzählte dem Richter, er habe mit einem Kollegen, der sein Reisebegleiter gewesen, gewettet, die erste Dame, deren er ansichtig werde, zu küssen. Da er die Wette nicht verloren wollte, habe er Fräulein Josefine R. geküßt. Das aber, so schloß Herr H. seine Verantwortung, hat Herr Leopold H. noch immer nicht berechtigt, mir eine Ohrfeige zu geben, und weil ich diese Anschauung habe, klage ich ihn hiermit der Ehrenbeleidigung an.

Da beide Parteien sich einem Ausgleiche abhold zeigten, so ging der Richter mit der Urteilsbeschöpfung vor und verurteilte Herrn H. zu einer Geldstrafe von 25 fl. Herrn H. zu einer Geldbuße in dem Betrage von 5 fl. Die Verurteilten erlegten die Geldstrafen sofort. Beim Verlassen des Saales wendete sich Herr H. an Herrn H. mit den Worten: "Ich habe bei der Geschichte 25 fl. verdient, denn ich habe durch die Wette 50 fl. gewonnen." — "Sie vergessen," entgegnete Herr H., "auch die Ohrfeige in die Waggiale zu legen."

(Raubmord in Karlobad.) Aus Karlsbad wird der "Boh." unter dem 9. d. M. gemeldet: Heute Nachmittag wurde im Hause "Sonnenaugang" in der Schulgasse die im Parterre wohnende 84jährige Witwe Johanna Trumm ermordet. Man fand sie gegen 4 Uhr entzweit bei dem Kommodenkasten neben dem Fenster liegen. Die Kleider waren bis über die Knie zusammengeknöpft, der Kopf mit einer Eisenklammer, wie Zimmerleute sie zu benutzen pflegten, eingeschlagen. Die Klammer, an deren einer drei Zoll langen Spitze sich Blut befand, fand man neben der in einer Blutlache liegenden Leiche. Die Ermordete besaß ein Sparkassabuch von 225 Gulden. Dasselbe fehlt und der Kommodenkasten ist durchstoßen. Es ist unzweifelhaft, daß hier ein Raubmord vorliegt. Die gerichtliche Kommission benachrichtigte telegraphisch die Staatsanwaltschaft in Eger. Das Bekanntwerden der That erregte ungeheure Sensation. Vor dem Hause, in welchem das Verbrechen verübt wurde, und in den angrenzenden Gassen hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt.

Autoren, die Erfolg haben, müssen sich's nicht nur gefallen lassen, daß ihre Stücke nachgeahmt werden, schließlich werden sie wohl gar selbst des Plagiats beschuldigt. Zu Anfang des Jahres ging eine hierbei gehörige Geschichte durch die Zeitung, welche uns jetzt wieder in Erinnerung kommt. Ein Wiener Autor, dessen Stück im "Ambigue-Theater" mehr als 60 Mal hintereinander gegeben wurde, erhielt eines Tages den Besuch eines Fremden, der ziemlich reduzirt und wenig Vertrauen einflößend aussah. "Mein Herr," — begann der Fremde, welcher sich auf seiner Karte "dramatischer Autor" nannte, — "ich war gestern im Ambigue und bin völlig außer mir; Ihr Stück — das, was Sie für Ihr Stück ausgeben, ist, ich möchte sagen, Wort für Wort mein Stück "Comtesse Marguerite" — ich bitte, hier mein Buch, — überzeugen Sie sich selbst, natürlich die Namen stimmen nicht überein." — Der "dramatische Autor" legt eine etwas abgegriffene Broschüre vor den bestürten Dichter hin, der zuerst glaubte, er habe es mit einem Berrückten zu thun. Diese Annahme wurde gerade nicht widerlegt, als der sichtlich Erregte fortfuhr: "Vier Jahre meines Lebens habe ich an meiner Komödie gearbeitet, alle meine Freuden; — mein Herr, ich bin Familienvater; meine ganze Hoffnung habe ich darauf gesetzt, Dumas hat mir selber geschrieben, das Ding ist gut, streichen Sie Das und Das; — sehen Sie die Striche hier röhren von seiner Hand, . . . ich habe das Buch an ein Dutzend Freunde versendet, alle waren entzückt, und nun muß ich es gestern im Ambigue sehen; ich denke, ich muß von meinem Stippchen herabstinken. Meine Hoffnungen, meine Aussichten!!".

Während der unglückliche Schriftsteller so lamentierte, blätterte der Autor des aufgeföhrten Stücks in der Broschüre, er war überrascht, schaute bei dieser flüchtigen Lektüre, wirklich auf Nehnlichkeiten zu stoßen. In seiner Verwirrtheit wußte er nichts Beruhigendes vorzubringen.

"Und was für eine Entschädigung würden Sie verlangen?" fragte er den Fremden.

"Mein Herr," brach dieser aus, "wie wollen Sie mich für meine getäuschten Hoffnungen entschädigen? Aber ich denke, wir machen halb Part."

Inzwischen hatte der Andere seine Fassung wiedergewonnen. Lassen Sie mir das Buch da. Ich will es lesen, denn ich brauche Ihnen wohl nicht erst auf Ehrenwort zu versichern, daß ich es bis jetzt nicht kenne, daß ich es zum ersten Male in Händen habe, — kommen Sie gütigst morgen wieder . . ."

Der Fremde entfernte sich. — Der Dichter begab sich kopfschüttelnd an die Lektüre des Buches. "Comtesse Marguerite" Comédie en quatre actes par A. B. 1876 stand auf dem Titel, und was derselbe dachte, hatte in der That eine unverhoffte Nehnlichkeit mit dem im Ambigue aufgeföhrten Zugstück. Seine Überraschung wuchs von Seite zu Seite. Plötzlich fiel ihm eine Stelle auf, an der es ungefähr hieß, "das wäre ein Stütz für Offenbach, wenn er noch lebte". . . . Erstaunt blieb er auf die dem Buche vorgedruckte Jahreszahl . . . 1876, und Offenbach tot? Er sprach er vor sich hin . . . Dann sprang er auf.

und in der nächsten halben Stunde stand er vor seinem Advokaten, welchem er den Fall vortrug. Dieser versprach, der Sache auf den Grund kommen und den bewußten Dichter ad absurdum führen zu wollen. Noch am selben Tage hatte er durch Abgesandte, welche alle Pariser Buchdruckereien absuchten, in Erfahrung gebracht, wo "Comtesse Marguerite" gedruckt worden sei. Ahnungslos sagte man ihm dort, das Buch sei nicht 1876 sondern vor 3 Wochen dort hergestellt worden. Die Jahreszahl 1876 sei auf ausdrückliches Verlangen des Bestellers vorgedruckt worden.

Welcher Empfang dem angeblich bestohlenen Autor am anderen Tage bei dem Dichter ward, braucht nicht erst gesagt zu werden.

### Telegraphische Depeschen.

Magdeburg. Abgegeben 16,752 Stimmen, davon für Büchtemann, Fortschr., 9821 St., für Bierec, Soz., 6931 St.

Stuhm-Marienwerder. Abgegeben im Ganzen 14,149 Stimmen, davon erhielt Wielki, Geh. Rath Hobrecht, 118, 7360, v. Donimirski, Pole, 6789 Stimmen.

Baden-Baden, 14. November. Bulletin über das Befinden Sr. I. Hohenlohe des Großherzogs: Während der Nacht hat der Großherzog viel und ruhig geschlafen und sich beim Erwachen sehr erquickt gefühlt. Temperatur 38, Puls 78. Der allgemeine Zustand ist wie gestern bestiedigend.

Der Kronprinz tritt heute Nachmittag 1½ Uhr die Rückreise von hier an und wird morgen früh in Potsdam eintreffen.

Wien, 13. November. Die "Wiener Zeit." veröffentlicht eine Kaiserliche Handschrift, durch welches der Statthalter und Militär-Kommandant in Dalmatien, F.M. Frhr. v. Nodich, auf seine seit längerer Zeit gestellte Bitte in den Aufstand versezt wird. Die genannte Zeitung publiziert ferner die Ernennung des F.M. Frhr. v. Sovanovic zum Militär-Kommandanten von Zara und Statthalter in Dalmatien.

Paris, 14. November. Aus Kreider 13. d. wird gemeldet: Nach einer Depesche des Generals Délébœque aus Elladimoun von 8. d. hat der über die beiden Abhänge des Berges Beaufour unternommene Angriff den gehofften Erfolg gehabt. General Colonet stieß auf eine Abteilung Aufständischer, welche die Kolonne des Generals Louis ihm entgegen getrieben hatte. Die Insurgenten flohen und ließen ihre Zelte und Heerde zurück, welche von den Truppen erbeutet wurden. Soliman Ouled Ballassen, ein hervorragender Führer des Stammes der Amours, wurde getötet. General Délébœque bereitet einen Angriff auf die Insurgenten vor, welche auf dem Col. Bonnaffon konzentriert sind.

Petersburg, 13. November. Der "Regierungsanzeiger" veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl über die zukünftige Neorganisation der inneren Einrichtungen des russischen Reiches. Derselbe erinnert zunächst daran, daß die verschiedenen von 1859 bis 1880 geschaffenen Reformen in ihren Zweck nicht erfüllt haben, der in einer systematischen Reorganisation der gesammelten inneren Verwaltung des Reiches besteht. Es sei bringend nothwendig, mit einer solchen Reorganisation unverzüglich vorzugehen. Kürzlich seien mehrere Senatoren mit sehr ausgedehnten Vollmachten in verschiedene Provinzen entsandt worden, um derselbst eine Enquête über die bestehenden Einrichtungen vorzunehmen und Missbräuche und Bedürfnisse kennen zu lernen. Diese Enquête sei gegenwärtig beendet. Die Regierung habe alle Angaben gesammelt, um eine Reform im Innern vorzunehmen. Die Zahl der Institutionen soll vermindert, unnötige Formalitäten sollen abgeschafft und eine Dezentralisation, soweit es angeht, durchgeführt werden. Zunächst sei es nothwendig, ein Band zwischen der Verwaltung der Regierung und den Provinzialversammlungen zu schaffen und die Rechte, die Pflichten und die Verantwortlichkeit beider Theile genau festzustellen. Diese Nothwendigkeit bedinge eine vollständige Umgestaltung der bestehenden Provinzialverwaltung mit einer hellstellenden Verbesserung der Zentralverwaltung und der Municipalitäten. Auf den Vorschlag des Ministers des Innern hat deshalb der Kaiser die Einsetzung einer besonderen Kommission angeordnet unter dem Vorsteher des Staatssekretärs Kalkanow zur Ausarbeitung von Entwürfen für die lokale Verwaltung unter Befolgung eines Programms, das im Ministerkomitee unter Buzierung von zwei Mitgliedern des Reichsrates, von drei Senatoren, welche die Enquête in den Provinzen vorgenommen hatten, und von Vertretern des Minister aufgestellt werden soll. Diese Enquête sollen die Reorganisation der Verwaltungen der Provinzen, der Land- und Stadt-Distrikte und der Bauerschaften umfassen. Sobald soll diese Kommission die Aufschlüsse und Vorschläge, welche in den Berichten der oben erwähnten mit der Enquête betraut gewesenen Senatoren enthalten sind, sowie die Entscheidungen der zur Regelung der Angelegenheiten der Bauern eingesetzten Behörden und der Territorial-Versammlung prüfen und zwar in Bezug auf diejenigen Fragen, welche die speziell bürgerlichen Einrichtungen betreffen. Endlich soll der Präsident der Kommission in Übereinstimmung mit dem Minister des Innern Vertreter der Lokalverwaltungen der Zentralverwaltung und der Municipalitäten und aller kompetenten Personen, deren Mitwirkung für nutzbringend hält, einberufen und von den Ministern die erforderlichen Akten und Aufschlüsse verlangen.

Bradford, 14. November. Von der hiesigen Polizei wurde gestern eine große Anzahl Revolver und Patronen nebst feindsichen Schriftstücken mit Beischlag belegt.